



REVUE DE PRESSE – MERCREDI 23 AVRIL 2008

Initiative populaire

→ Basler Zeitung, 23.04.08, GELDSPIEL SOLL WOHLTÄTIG SEIN, p. 1, 2 & 4

Initiative von Kultur- und Sport-Verbänden gegen private Profite

NIKLAUS RAMSEYER, Bern

«Geldspiele müssen dem Gemeinwohl dienen.» Das fordert eine gestern lancierte Volksinitiative, welche «die Privatisierung der Lotteriegewinne stoppen» will.

Das Volksbegehren heisst «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls». Die Initianten, die in Bern den Startschuss zur Unterschriftensammlung gegeben haben, räumen selber ein, ihre Initiative diene mehr dazu, «den derzeit geltenden Status quo abzusichern als Neues zu fordern».

SCHILD BESORGT. Der frühere Basler FDP-Regierungsrat und heutige Präsident von Swiss Olympics, Jörg Schild, zeigt sich im Interview mit der baz besorgt über die «legale und illegale Konkurrenz durch private Anbieter», welche die gemeinnützigen Schweizer Lotterien und Wetten bedrängten: «Ich wüsste nicht, woher wir das Geld für

den Breitensport nehmen sollten, wenn diese Quellen immer mehr privatisiert würden», sagt Schild. Private drücken übers Internet aus dem Ausland in den Schweizer Geldspielmarkt, in dem mehrere Milliarden jährlich «aufs Spiel gesetzt» werden.

Die Initiative fordert darum in einem neuen Verfassungsartikel generell: «Die vom Bund und die von den Kantonen bewilligten Geldspiele müssen dem Gemeinwohl dienen.» Der Bund, der für die 19 bewilligten Casinos zuständig ist, und die Kantone, welche die Lotterien und Wetten regeln, müssten zudem «ihre Geldspielpolitik koordinieren», heisst es weiter im Volksbegehren, für das bis am 22. Oktober nächsten Jahres 100 000 Unterschriften gesammelt werden müssen.

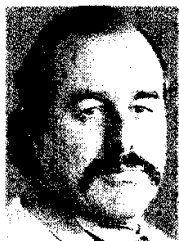
Neben Schild engagieren sich im Komitee auch die frühere Freiburger SP-Regierungsrätin Ruth Lüthi sowie

die SVP-Nationalräte Guy Parmelin (VD) und Simon Schenk (BE). Aber auch der bekannte Berner Laufsportler Markus Ryffel ist dabei.

WARNUNGEN. Sie alle argumentieren, «der Sport, vor allem der Nachwuchs- und Breitensport» lebe von Lotteriegeldern. Ohne die etwa 130 Millionen Franken im Jahr «würde das System zusammenbrechen». Weitere fast 400 Millionen Franken fliessen aus gemeinnützigen Lotterien jedes Jahr «in soziale und kulturelle Belange». Sollten diese Profite zu Privaten ins Ausland umgeleitet werden, wäre das «katastrophal», warnen sie: «Kulturelle Verarmung und soziale Probleme wären die Folgen.» Zudem stünden «Hunderttausende von aktiven Sportlern und Tausende von Sportvereinen vor dem Aus.» Das müsse mit dieser Initiative verhindert werden. > SEITEN 2, 4

Politische Lotterie

NIKLAUS RAMSEYER



Gut gemeint, im Ansatz richtig – aber zu wenig konsequent und leider etwas naiv: Das ist die Initiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls». Das Volksbegehren, das politisch von rechts bis links und von simplen Sportverbänden bis hin zu elitären Kultureinrichtungen breite Unterstützung findet, räumt zunächst einmal auf mit dem völlig willkürlichen Unterschied zwischen «Glücks-» und «Geschicklichkeitsspielen»: Es will den ganzen Problembereich in der Bundesverfassung unter dem breiten Begriff «Geldspiele» regeln. Das ist schon mal ein Fortschritt. Und dass alle diese Spiele, bei denen es um Geld geht, «dem Gemeinwohl» dienen sollen statt privaten Profiten, ist auch eine gute Sache. Doch nach dem ersten guten Ansatz im ersten Abschnitt ihrer Initiative scheint der Mut die Initianten gleich wieder verlassen zu haben: Da unterscheiden sie nämlich wieder gleich unlogisch wie die bisherige Gesetzgebung zwischen eid-

genössisch geregelten «Spielbanken» und kantonal kontrollierten «Lotterien und Wetten». Das ist

Die Unterscheidung zwischen «Spielbanken» und «Lotterien» oder «Wetten» ist Unsinn: Es sind alles «Geldspiele».

Unsinn: Wenn ich im Casino einen Hunderter auf die Neun setze, dann «wette» ich darauf, dass die Roulette-Kugel auf der Neun zu stehen kommt. Ob ein Ja des Volkes zu diesem Volksbegehren die rasch um sich greifenden grenzüberschreitenden Geldspiele im Fernsehen und im Internet wird regeln können, ist zudem fraglich: Das hängt dann sehr von der Gesetzgebung im Parlament ab sowie von deren Durchsetzung gegen Missbräuche. Da herrscht jedoch oft eine Lotterie – bis hin zu «rien ne va plus». Darum verdient das Anliegen, das die schleichende Privatisierung der Geldspiele bremsen will, trotz allem Unterstützung.

nrbaz.bern@bluewin.ch > SEITE 4



«Profite für den Sport statt für Private»

Swiss-Olympic-Präsident Jörg Schild will den Abfluss von Spielgeld ins Ausland stoppen

INTERVIEW: NIKLAUS RAMSEYER, Bern

Der frühere Basler FDP-Regierungsrat Jörg Schild (62) ist Mitglied des Initiativkomitees «für Geldspiele im Dienste des Allgemeinwohls». Der heutige Präsident von Swiss Olympic kämpft dafür, dass Erträge von Glücksspielen künftig dem Sport zugutekommen, statt zu Privaten ins Ausland abzufließen.

baz: Herr Schild, warum machen Sie bei der Geldspiel-Initiative mit?



JÖRG SCHILD: Als Präsident von Swiss Olympic kämpfe ich dafür, dass bei Glücksspielen die Profite für den Sport statt für Private verwendet werden, die teils irgendwo im Ausland sitzen. Das Prinzip, dass Geldspiele dem Gemeinwohl dienen sollen, darf nicht verlassen werden.

Was sind denn das für Private?

In jüngster Zeit sind entgegen den geltenden Gesetzen gerade etwa im Bereich der Sportwetten diverse Anbieter aufgetreten, die etwa in Zypern sitzen. Solche Länder haben andere Gesetze. Das nützen diese privaten Anbieter aus. Aber es ist widerrechtlich, weil das Geld dann nicht gemeinnützigen Institutionen in der Schweiz zugutekommt. Ich habe ein ureigenes Interesse, dass das gestoppt wird.

Was steht denn dabei für Swiss Olympic genau auf dem Spiel?

Es geht darum, dass eine wichtige Einnahmequelle für gemeinnützige Einrichtungen, wie Kultur, Soziales oder eben der Breitensport, nicht privatisiert wird. Nur schon bei Swiss Olympic kommen mehr als die Hälfte

der Gelder, die wir einnehmen und an Sportler und Vereine weitergeben, von der Sport-Toto-Gesellschaft.

Wie viel ist das pro Jahr?

Letztes Jahr waren es über 19 Millionen Franken. Dieses Jahr werden es dank einem neuen Vertrag mehr als 24 Millionen sein. Dazu kommen die Sport-Toto-Gelder in den Kantonen, die insgesamt auch über 100 Millionen ausmachen. Die fliessen auch in Sport-Infrastrukturen. Plus noch Gelder aus Lotteriekassen, die teils auch für den Sport verwendet werden. Das ist für den Sport elementar.

Was wird mit diesen Geldern konkret unterstützt?

Verbände, Vereine, aber auch Delegationen, die an Spielen und Wettkämpfen teilnehmen. Es kommt auf den Erfolg an. Auf die Mitgliederzahlen und den Aufwand für Trainer.

Und Sie fürchten nun, dass die private Konkurrenz diese Gelder abzweigt.

Der Schweizer Sport hat ein Interesse daran, dass der Status quo nicht ausgehöhlt wird. Ich wüsste nicht, woher wir das Geld nehmen sollten, wenn diese Einnahmequellen immer mehr privatisiert würden.

Der Bundesrat will jedoch gerade im Internetbereich weiter «öffnen».

Ich bin als früherer freisinniger Regierungsrat nicht sicher, ob der Bundesrat ein Interesse daran hat, dass Gelder aus Glücksspielen übers Internet in private Kässeli im Ausland fliessen, statt dass sie im eigenen Land gemeinnützige Dienste fördern.

Räumen Sie der Volksinitiative Chancen ein?

Wenn wir den Sport und die Kultur mobilisieren können, haben wir sicher eine gute Chance.



Milliardenumsatz mit Geldspielen

GLÜCKSPIEL. In Casinos, mit Lotterien oder Wetten setzen die Schweizer jedes Jahr mehrere Milliarden Franken «aufs Spiel»: Nur schon in den 19 Casinos oder Spielbanken im Land und mit den offiziellen Lotterien erreichen die Spielerträge je fast eine Milliarde. Aus der «Spielbankenabgabe» fliesst von den eidgenössisch geregelten Casinos jedes Jahr fast eine halbe Milliarde an den Bund «zur Deckung der Beiträge an die AHV und die IV», wie es die Verfassung vorschreibt. Die Abgabe liegt im Schnitt bei etwas über 50 Prozent der Spielerträge. Sie kann bei gut gehenden Casinos aber über 60 Prozent ausmachen. Fast gleichviel Geld kommt aus Lotterien und Wetten über kantonale Kanäle oder direkt zu gemeinnützigen Organisationen und sozialen Einrichtungen, zur Förderung kultureller Projekte und in den Sport (siehe Interview links).

TEILS ILLEGAL. Um die Sicherung dieser Einnahmequelle geht es den Initianten «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls». Sie

rekrutieren sich aus Kreisen des Sports, der Kultur und der Sozialdienste und fürchten «legale und illegale Konkurrenz durch private Anbieter», die den gemeinnützigen Lotterien die spielende Kundschaft streitig machen. Dabei operieren vorab Internet-Anbieter aus dem Ausland (Malta, Gibraltar, Zypern) in der Schweiz teils illegal. Spielanbieter im Fernsehen hingegen nutzen Gesetzeslücken geschickt aus. Fachleute im Justiz- und Polizeidepartement sehen in Internet-Geldspielen einen Wachstumsmarkt, auf dem nur in der Schweiz schon gut 100 Millionen Franken im Jahr umgesetzt werden – im EU-Raum gar Milliarden. Laut Schätzungen haben 250 000 Leute im Land Erfahrungen mit solchen Angeboten. 70 000 dürften regelmässig im Internet um Geld spielen. Eine straffe gesetzliche Regelung wie in Casinos oder Lotterien dürfte schwierig sein.

Homepage der Initianten:

> www.gemeinwohl.ch

Geldspiel-Initiative geht an alle Haushalte

Bern. – Mit einem Budget von 3 Millionen Franken hat ein parteiübergreifendes Komitee die Volksinitiative «für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» lanciert. Das Geld für die Unterschriftensammlung stammt zum grössten Teil aus Rückstellungen der Sport-Toto-Gesellschaft. Die Initianten lassen die Unterschriftenbogen im Mai an alle Haushalte verteilen. Dies, obwohl allein die Sportvereine, die aus Lotteriegeldern unterstützt werden, 1,8 Millionen Mitglieder zählen. Es besteht wenig Zweifel, dass die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenkommen werden. Die Initiative will dafür sorgen, dass die Erträge aus Glücksspielen und Wetten nicht Privaten, sondern weiterhin dem Sport, der Kultur und dem Sozialen zugute kommen. (cl)

16 000 Organisationen aus Sport, Kultur und Sozialem profitieren von Lotteriegeldern. Jetzt sollen sie mithelfen beim Versuch, diese Mittel mit einer Volksinitiative zu sichern.

Von **Christina Leutwyler, Bern**

538 Millionen Franken Reingewinn haben Swisslos und ihre welsche Schwester Loterie romande im Jahr 2006 verteilt: rund 400 Millionen für Kultur und Soziales und 130 Millionen für den Sport. Über kantonale Fonds flossen Beiträge an den Zürcher Zoo, an das Zentrum Paul Klee in Bern oder an das Kinderdorf Pestalozzi in Trogen – um ein paar Beispiele zu nennen. Auch der nationale Sport-Dachverband Swiss Olympic wird zu zwei Dritteln aus Lotterieerträgen finanziert.

Doch dieses «bewährte und erfolgreiche System» sei in Gefahr, warnen die Urheber der Initiative «für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls». Mit dem Ziel, die 70-jährige Tradition der Lotterien zu retten und den Einfluss der Kantone zu stärken, lancierten sie am Dienstag ihr Volksbegehren (TA vom Samstag). Angeführt wurden sie dabei vom Präsidenten der Loterie romande, Jean-Pierre Beuret, und zwei früheren Regierungsräten, der Freiburger Sozialdemokratin Ruth Lüthi und dem Basler Freisinnigen Jörg Schild.

Die Initianten wollen in der Verfassung namentlich verankern, dass die Erträge aus Spielen ums Geld dem Gemeinwohl zugute kommen müssen. Der Druck wachse, die Gewinne zu privatisieren, sagte Ruth Lüthi. Die Lotteriegesellschaften sehen sich von zwei Seiten unter Druck: Im Inland buhlen 19 Kasinos um Besucher, und aus dem Ausland locken Unternehmen wie Interwetten und Bwin die Spieler aufs Internet.

Konkurrenz aus dem Internet

«Fachleute schätzen, dass Hunderte von Millionen Schweizer Franken pro Jahr auf

dem Internet gespielt werden», sagte Jean-Pierre Beuret. Spieler, die sich mit wenigen Mausklicks auf einer ausländischen Website einloggen, tun nichts Illegales – auch wenn diese Anbieter in der Schweiz nicht zugelassen sind. Beuret zeigte sich jedoch unzufrieden darüber, dass diese «illegalen Anbieter» nicht verfolgt würden. Schuld seien das «Klima der Konkurrenz zwischen Bund und Kantonen und die ungenügende Koordination». Unternehmen wie Interwetten haben auch schon versucht, als Sponsoren in der Schweiz Fuss zu fassen. In den letzten drei Jahren seien Fussball- und Hockeyklubs Werbevereinbarungen mit solchen Anbietern eingegangen, sagte Rolf Hegi, der Direktor der Sport-Toto-Gesellschaft. Mittlerweile sei aber «das Bewusstsein gewachsen», dass die Klubs nicht Lotteriegelder von der Sport-Toto-Gesellschaft entgegennehmen und zugleich für die ausländische Konkurrenz werben könnten.

Wie es mit Blick auf die Onlineglücksspiele weitergehen soll, prüft derzeit die Eidgenössische Spielbankenkommission. Ihr Präsident dachte schon vor einem Jahr laut über «Konzessionen für Internetkasinos in einem noch zu definierenden Rahmen» nach. Im Laufe dieses Jahres dürfte sich klären, was die Spielbankenkommission dem Bundesrat empfiehlt.

Vor diesem Hintergrund wollen die Verfechter der Geldspiel-Initiative rasch die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenbringen. Sie zählen dabei einerseits auf die Organisationen, die von Lotteriegeldern profitieren. Es seien dies 12 000 in der Deutschschweiz und 4000 in der Romandie, sagte Ruth Lüthi. Nach Auskunft von Jörg Schild, der Swiss Olympic präsidiert, zählen allein die Schweizer Sportvereine 1,8 Millionen Mitglieder.

Drei Millionen Franken für Initiative

Andererseits lassen die Initianten in gut zwei Wochen Unterschriftenbogen mit dem Titel «Nein zur Abschaffung von Sport, Kultur und Sozialem» an alle Haushalte verteilen. Für die ganze Kampagne

bis zum Abschluss der parlamentarischen Beratungen hat der Trägerverein drei Millionen Franken budgetiert.

Das Geld stammt aus Rückstellungen der Sport-Toto-Gesellschaft. Diese hat vor gut einem Jahr die Aufgabe übernommen, die politischen Anliegen von Swisslos und Loterie romande nach aussen zu vertreten. Swisslos, wo aktive Regierungsräte das Sagen haben, hält sich dagegen mit politischen Initiativen zurück.

Kommentar 5. Spalte

Von **Christina Leutwyler**

Fast jede und jeder in der Schweiz profitiert von den über 500 Millionen Franken Lotteriegeldern, die pro Jahr zu Gunsten von Sport, Kultur und Sozialem verteilt werden. Die Initiative «für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will diesen Geldsegen per Verfassung absichern. Doch das ist eine Illusion.

Die reale Entwicklung bei den Sportwetten zeigt nämlich schon heute, dass sich die Liberalisierung kaum aufhalten lässt. Bereits machen die ausländischen Internetanbieter in der Schweiz – obwohl offiziell gar nicht zugelassen – doppelt so viel Umsatz wie die Monopolisten Swisslos und Loterie Romande. Die Internetwetten sind für die Spieler schlicht attraktiver, weil die Gewinnchancen wesentlich höher sind.

Auch das EU-Recht begünstigt eine Liberalisierung der Glücksspiele und Lotterien. Das EU-Gericht hat klar gemacht, dass die Dienstleistungsfreiheit der Unternehmen höher zu gewichten ist als das Anliegen der Staaten, dank Spielern zu Einnahmen zu kommen.

Man kann versuchen, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen, wie es die Initiative tut. Klüger wäre es, das Beste aus der absehbaren Liberalisierung zu machen. Für die Schweiz hiesse dies, seriöse Anbieter von Internetglücksspielen rasch kontrolliert zuzulassen. Da Internetspieler «gläserne Spieler» sind, sind Vorkehrungen gegen Spielsucht möglich. Und von den Erträgen der Internetanbieter lassen sich Steuern abschöpfen – auch zu Gunsten von Sportanlagen, Konzerten und Zoos.

Glücksspiel für das Gemeinwohl

Lotterie- und Wettgewinne sollen weiterhin dem Sport, der Kultur und den Sozialwerken zugute kommen. Das will eine Volksinitiative.

Die gestern in Bern den Medien vorgestellte Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» fordert eine zwischen Bund und Kantonen koordinierte Geldspielpolitik. Sie will mehr Solidarität für die AHV/IV erreichen und den Fortbestand der gemeinnützigen Lotterien sichern. Die Sammelfrist läuft bis zum 22. Oktober 2009.

Gegen Gewinnprivatisierung

Ein parteiübergreifendes Komitee aus Kultur, Sport und dem Sozialwesen unterstützt die «Loterie romande» im Streit mit dem Bund über die Erträge aus Lotterien. Mit der Volksinitiative soll der Bund gezwungen werden, die Gewinne aus Lotterien und Wetten ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken zuzuführen.

Überall werde der Druck grösser, den Gewinn aus Geldspielen zu privatisieren, sagte die Freiburger alt Regierungsrätin Ruth Lüthi (SP). Das immer massivere Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure im Internet und im Geldspielmarkt gefährde das Überleben der Lotterie- und Wettorganisationen.

Der Sport, vor allem der Nachwuchs- und Breitensport, lebe von Lotteriegeldern, sagte Swiss-Olympic-Präsident Jörg Schild,

ehemaliger Basler FDP-Regierungsrat. Ohne die jährlich 130 Millionen Franken stünden 82 Verbände vor dem Aus. Dank den Lotteriegeldern gebe es keinen ungewollten Staatssport.

Kulturelle Vielfalt

Rund 400 Millionen Franken würden für Kultur und soziale Belange eingesetzt. Wenn diese Hilfen ausblieben, sei die für die Schweiz enorm wichtige, aber gleichzeitig auch fragile kulturelle Vielfalt gefährdet, sagte der Filmschaffende Frédéric Gonseth. Tausende von Veranstaltungen, Ausstellungen und Darbietungen gingen damit verloren.

Angeführt wird das Initiativkomitee vom Präsidenten der «Loterie romande», Jean-Pierre Beuret. Dem Komitee gehören vier alt Regierungsräte, mehrere aktive und ehemalige Nationalräte aus allen Bundesratsparteien, SVP-Nationalrat und ZCS-Lions-Sportchef Simon Schenk sowie der ehemalige Langstreckenläufer Markus Ryffel an.

Haushalte werden bedient

Das Komitee verfügt über ein Budget von 3 Millionen Franken. Dieses wird massgeblich von der Sport-Toto-Gesellschaft alimentiert, welche auch die Koordination in der Deutschschweiz besorgt. Im Mai wird an alle Haushalte ein Unterschriftenbogen verteilt. Zweifel, dass die Volksinitiative nicht zustande kommen könnte, die bestehen im Initiativkomitee nicht. **SDA**

Streit um Lottogeld

Sport- und Kulturkreise lancieren Volksinitiative

Nutznieser der staatlichen Lotterien wollen Gewinn-Monopol per Initiative sichern.

DAVE ANGST

Das Staatsmonopol im Geldspielmarkt ist längst unterwandert. Illegale private Wettgesellschaften und legale ausländische Lotterien dringen via Internet oder Telefonmarketing in die Domäne von Swisslos, Loterie Romande und Sport-Toto vor. Im Ausland ziehen private Anbieter von Glücksspielen gegen Staaten vor Gericht. Auch in der Schweiz ist es schon zu Prozessen gekommen. Sollte das staatliche Monopol weiter bröckeln, wären die Kantone die Leidtragenden: Ihre Sport- und Lotteriefonds erhalten heute jährlich eine halbe Milliarde Franken aus dieser Quelle. Leidtragend wären auch Swiss Olympic und andere Sportverbände, etwa der Fussballverband und die Stiftung Sporthilfe, die jährlich 130 Millionen erhalten. Und 400 Millionen werden für Kultur und soziale Belange eingesetzt. Gefahr droht den Monopol-Lotterien nicht nur durch private Konkurrenz, sondern auch durch die Instanzen des

Bundes. Schon vor Jahren wollte das Bundesamt für Justiz das Staatsmonopol aufheben.

Markus Ryffel und Ruth Lüthi

Eine gestern lancierte Initiative will jetzt dieses Monopol auf Spielgewinne in der Verfassung zementieren. In einem Zusatzartikel wollen die Initianten verankern, dass die Spielcasinos einen ertragsabhängigen Beitrag an die AHV/IV leisten müssen. Auslöser für die Initiative war der Entscheid der Eidgenössischen Spielbankenkommission, Tactilo- und Touchlot-Automaten als Glücksspiele zu betrachten und in Spielcasinos zu verbannen. Dadurch würde der Loterie Romande eine wichtige Einnahmequelle entzogen. Diese betreibt in der Westschweiz rund 700 solcher Automaten in Restaurants. Die Loterie Romande war denn auch federführend bei der Lancierung. Im Initiativkomitee findet man Prominente wie Jörg Schild, den Präsidenten von Swiss Olympic, die ehemalige Freiburger Regierungsrätin Ruth Lüthi, Nationalrat und Eishockey-Funktionär Simon Schenk und den ehemaligen Spitzenläufer Markus Ryffel.

Nur für das Gemeinwohl

Volksinitiative soll Lotterien schützen

dgy. Die grossen Lotterien fürchten um ihre Erträge, von welchen Sport, Kultur und soziale Einrichtungen profitieren. Ein überparteiliches Komitee, in welchem die Lotterien sowie Repräsentanten aus Sport und Kultur vertreten sind, hat deshalb am Dienstag in Bern eine Volksinitiative lanciert, die verlangt, dass die Gewinne der Lotterien und der gewerbsmässigen Wetten vollumfänglich dem Gemeinwohl zukommen. Ausserdem sieht das Volksbegehren vor, dass die Kantone für die Gesetzgebung in diesem Bereich zuständig sein sollen und der Bund nur noch in Bezug auf die Spielbanken legiferieren soll. Damit wollen sich die Lotterien gegen die zunehmende Konkurrenz aus dem Internet wappnen, welche die Gewinne zumeist privatisiert.

Schweiz Seite 15

Die Grosslotterien wollen ihre Erträge retten

Allianz aus Lotterien, Sport und Kultur lanciert Volksinitiative

Swisslos, Loterie Romande und mit ihnen viele Sportverbände, kulturelle und soziale Einrichtungen fürchten um die Erträge aus Wettspielen. Jetzt soll eine Volksinitiative Gegensteuer geben.

dgy. Bern, 22. April

Wetten, Zocken, Rubbeln, Tippen: Auch wenn die Schweizerinnen und Schweizer noch kein Volk von Spielern sind, geben sie immer mehr Geld für Lotterien, Wetten und Glücksspiele aus. Seit Jahren steigen die Umsätze in der Lotteriebranche an, im Jahre 2006 um 2,4 Prozent auf rund 2,8 Milliarden Franken, wie aus der letzten Lotteriestatistik des Bundesamts für Justiz hervorgeht. Die Spielerträge der Kasinos und Spielbanken machen zusätzlich rund eine Milliarde Franken aus. Insgesamt werden so in der Schweiz pro Jahr und Kopf der Bevölkerung über 500 Franken verspielt, wobei die immer beliebter und zu einer ernsthaften Konkurrenz werdenden (aber nicht erlaubten) Internet-Wetten noch nicht mit eingerechnet sind. Es herrscht ein Gerangel auf diesem Markt: Der Kampf um ein möglichst grosses Kundensegment wird sogar bis vor Bundesverwaltungsgericht ausgefochten.

Streit um elektronische Rubbel-Lose

So liegen sich Bund und Kantone darüber in der Haaren, wo die Abgrenzung zwischen Lotterien (von welchen Kantone profitieren) und Glücksspielen verläuft. Die Spielbankenkommission stufte die sogenannten Tactilo-Geräte, eine Art elektronische Rubbel-Los-Maschinen, welche die Loterie Romande in Restaurants und Bistros installierte, als reine Glücksspiele ein – und untersagte damit deren Betrieb ausserhalb von Spielbanken. Diesen Entscheid fochten die Kantone beim Bundesverwaltungsgericht an, der Entscheid ist hängig. Bereits vor einem Jahr hatte Jean-Pierre Beuret, Präsident der Loterie Romande, vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung eine Volksinitiative angekündigt, die nun am Dienstag offiziell lanciert wurde. Dies sei die einzige Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, hatte Beuret damals gesagt.

Die Initiative hat drei Stossrichtungen: Erstens sollen die Kantone für die Gesetzgebung über Lotterien und Wetten zuständig sein. Das hätte auf den Streit um die Tactilo-Geräte zwar

keine direkten Auswirkungen, doch bei ähnlichen Konflikten erhielten die Kantone mehr Einfluss auf die Gestaltung der Lotterie-Landschaft. Sie könnten beispielsweise entscheiden, ob Online-Spiele auf ihrem Gebiet erlaubt sind. Bereits hat der Bundesrat erkennen lassen, dass er einer Zulassung von gewissen Internet-Spielen, die für die staatlichen Lotteriegesellschaften eine Bedrohung sind, offen gegenübersteht. Die Initiative verlangt zweitens, dass Gewinne vollumfänglich gemeinnützigen Zwecken zugutekommen müssen, was den Markt für private Anbieter weniger attraktiv machen würde. Drittens werden höhere Abgaben für Spielbanken verlangt. Deren Besteuerung, die zum grössten Teil in die AHV fliesst, habe 2006 nur 51,8 Prozent des Bruttospielertrages betragen, sagte Beuret. In Anbetracht der Gewinne sei dies tief. Der Abgabesatz soll neu vom Parlament festgelegt werden.

Sportverbände helfen mit

Auch wenn das Anliegen der Initianten nicht gerade den Lebensnerv vieler Stimmbürger treffen dürfte, dürften die 100 000 Unterschriften wohl zusammenkommen. Weil die Erträge der staatlichen Lotteriegesellschaften Swisslos und Loterie Romande schon heute für die Unterstützung gemeinnütziger Projekte verwendet werden, stehen Sportverbände sowie kulturelle und soziale Einrichtungen hinter dem Vorhaben. Im Initiativkomitee ist das ganze parteipolitische Spektrum abgebildet, Vertreter aus Kultur und Sport engagieren sich. Jörg Schild, Präsident von Swiss Olympic, sagte, dass dem Sport ohne die

Zuschüsse der Lotterien Millionenbeträge fehlen würden, wobei nicht in erster Linie der kommerzielle Sport betroffen wäre. Er werde alles daran setzen, dass die Initiative mit Hilfe der Sportverbände zustande komme. Die frühere Freiburger Regierungsrätin Ruth Lüthi, Präsidentin der eidgenössischen AHV/IV-Kommission, meinte, zahlreiche kulturelle oder soziale Einrichtungen wären ohne Zuschüsse der Lotteriegesellschaften gar nicht finanzierbar.

Schwieriger dürfte es die Initiative an der Urne haben. Als Druckmittel, um die Gesetzgebung in der Schweiz in die von den Initianten geforderte Richtung zu beeinflussen, könnte sie eher Wirkung entfalten – falls es nämlich um die Frage geht, ob und in welcher Form das Lotterie-Monopol der Kantone gelockert werden soll. Im Ausland würde die Forderung immer lauter, den Gewinn aus Geldspielen zu privatisieren, gab das Initiativkomitee am Dienstag zu bedenken. Dieser Druck nehme auch in der Schweiz zu. Ein Versuch, das über 80-jährige und allgemein als veraltet betrachtete Lotteriesgesetz zu erneuern, wurde vor vier Jahren abgebrochen, nachdem ein Revisionsentwurf des Bundesrates von allen Seiten unter Beschuss gekommen war. Womöglich könnte nun eine solche Revision als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» wieder aufleben.

Eine Volksinitiative will die Gewinne aus Glücksspielen wie Lotterien und Wetten dem Gemeinwohl sichern. Die Initianten aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales reagieren damit auf den Druck, die Gewinne zu privatisieren.

BERN – Das gestern lancierte Volksbegehren «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will die bestehende Situation mehr bewahren als verändern. Die Initiative sage «Nein zum Abbau der Gemeinnützigkeit», erklärte die frühere Freiburger SP-Staatsrätin Ruth Lüthi, Kopräsidentin des überparteilichen Initiativkomitees und Präsidentin der AHV/IV-Kommission in Bern.

Laut den Initianten gefährdet nämlich «das massive Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure auf dem Geldspielsektor» namentlich im Internet das Überleben der gemeinnützigen Lotterie- und Wettorganisationen und damit das gesamte bewährte System der Unterstützungsleistungen an den Sport, soziale Vorhaben und die Kultur. Auch in der Schweiz werde der Druck grösser, den Gewinn aus Geldspielen zu privatisieren.

Es geht um 500 Millionen

Hinter der Initiative steht ein Komitee mit Vertretern aus Sport, Kultur und dem Sozialbereich. Laut den Unterlagen der Initianten geht es um bis zu 500 Millionen Franken jährlich, die über die Kantone ausgeschüttet werden. Beim Sport sind es rund 130 Millionen Franken. Der ehemalige Basler FDP-Regierungsrat und jetzige Präsident des Sportdachverbands Swiss Olympic, Jörg Schild, warnte vor einem Versiegen des Geldflusses aus den Lotterien. Es sei in Ordnung, dass die Politik keinen Staatssport wolle. Aber dann müssten die Rahmenbedin-

gungen so gesetzt sein, dass der Sport die Mittel anderweitig beschaffen könne. Es gehe nicht um den kommerziellen Sport, sondern um die Gemeinden und einzelnen Verbände. Auf das breite Engagement der Bevölkerung im Sport zählt Schild auch bei einer allfälligen Abstimmung.

Bei der Kultur und den sozialen Belangen stehen laut den Initianten rund 400 Millionen Franken auf dem Spiel. «Ohne Lotteriegelder kommt es zur Katastrophe», schreiben sie. Tausende von Veranstaltungen, Ausstellungen und Darbietungen würden ersatzlos gestrichen. Die Lotteriegelder erlaubten es, auch wichtige Dienste anzubieten, für die die Gelder der öffentlichen Hand nicht reichten, sagte Lüthi. Konkret schlagen die Initianten eine Änderung des Verfassungsartikels über die Glücksspiele vor, die neu «Geldspiele» heissen sollen. Sie streben eine koordinierte Geldspielpolitik zwischen Bund und Kantonen an. Die Spielbanken sollen dem Bund unterstellt sein, die Lotterien und Wetten den Kantonen. Bund und Kantone sollen verpflichtet werden, den gemeinnützigen Charakter der Geldspiele aufrechtzuerhalten und auch Massnahmen zur Verhütung von Spielsucht zu treffen.

Während die Gewinne der Lotterien und Wetten vollumfänglich fürs Gemeinwohl reserviert sein sollen, wollen die Initianten auch die 19 Casinos stärker zur Finanzierung der AHV heranziehen. Weil auch sie dem Kriterium der Gemeinnützigkeit genügen

müssen, soll das Parlament die Abgabe auf dem Bruttospielertrag so festsetzen, dass sie ihrem gemeinnützigen Charakter entspricht. (ap)

Höherer Umsatz

ZÜRICH – Die Swiss Casino Holding AG hat ihren Umsatz im vergangenen Jahr um sechs auf 122,6 Millionen Franken steigern können. Auch der Gewinn fiel höher aus als 2006: Er stieg von 18,2 auf 23,1 Millionen Franken. Mit dem besseren Geschäftsergebnis erhöhten sich auch die Abgaben, welche Swiss Casinos an Bund und Kantone abliefern musste. Sie stiegen um 3,9 Prozent von 76 auf 79 Millionen Franken, wie die Holding der Swiss Casinos gestern mitteilte. Die Swiss Casinos Holding AG ist an fünf der insgesamt 19 Schweizer Spielbanken beteiligt. Sie ist Mehrheitsaktionärin der Casinos in St. Gallen, Pfäffikon SZ und Schaffhausen. Zudem ist sie zur Hälfte am Casino in St. Moritz und zu rund 30 Prozent an jenem in Bern beteiligt. Zusammen erzielten sie einen Bruttospielertrag von 176 Millionen Franken, 2,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Den grössten Zuwachs verzeichnete das Casino St. Gallen. Es steigerte den Ertrag von 47,1 auf 51,5 Millionen. Das Casino Zürichsee in Pfäffikon SZ erhöhte den Ertrag auf 42,5 Millionen Franken. (sda)

NACH- GEFRAGT

«Profite für den Sport statt für Private»

Herr Schild, warum machen Sie bei der Geldspiel-Initiative mit?

Als Präsident von Swiss Olympic kämpfe ich dafür, dass bei Glücksspielen die Profite für den Sport statt für Private verwendet werden, die teils irgendwo im Ausland sitzen. Das Prinzip, dass Geldspiele dem Gemeinwohl dienen sollen, darf nicht verlassen werden.

Was sind denn das für Private?

In jüngster Zeit sind entgegen den geltenden Gesetzen gerade etwa im Bereich der Sportwetten diverse Anbieter aufgetreten, die etwa in Zypern sitzen. Solche Länder haben andere Gesetze. Das nützen diese privaten Anbieter aus. Aber es ist widerrechtlich, weil das Geld dann nicht gemeinnützigen Institutionen in der Schweiz zugute kommt. Ich habe da ein ureigenes Interesse, dass das gestoppt wird.

Was steht denn dabei für Swiss Olympic genau auf dem Spiel?

Es geht darum, dass eine wichtige Einnahmequelle für gemeinnützige Einrichtungen wie Kultur, Soziales oder eben Breitensport nicht privatisiert wird. Nur schon bei Swiss Olympic kommen mehr als die Hälfte der Gelder, die wir einnehmen und dann an Sportler und Vereine weitergeben, von der Sport-Toto-Gesellschaft.

Wie viel ist das pro Jahr?

Letztes Jahr waren es über 19 Millionen Franken. Dieses Jahr werden es dank einem neuen Vertrag mehr als 24 Millionen sein. Dazu kommen die Sport-Toto-Gelder in den Kantonen, die insgesamt auch über 100 Millionen ausmachen. Die fliessen auch in Sportinfrastrukturen. Plus noch Gelder aus Lotteriekassen, die teils auch für den Sport verwendet werden. Das ist für den Sport elementar.

Was wird denn da konkret unterstützt?

Verbände, Vereine, aber auch Delegationen, die an Spielen und Wettkämpfen teilnehmen. Es kommt auf den Erfolg an, auf die Mitgliederzahlen und den Traineraufwand.

Und Sie fürchten nun, dass die private Konkurrenz diese Gelder abzweigt?

Der Schweizer Sport hat ein Interesse daran, dass der Status quo nicht ausgehöhlt wird. Ich wüsste nicht, woher wir das Geld nehmen sollten, wenn diese Einnahmequellen immer mehr privatisiert würden. **INTERVIEW: NIKLAUS RAMSEYER**

Verteilkanal



Der Lotterie-Geldsegen droht zu versiegen

Initiative Glücksspiel- und Lotto-Gewinne sollen dem Gemeinwohl zukommen

Das gestern lancierte Volksbegehren «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will die bestehende Situation mehr bewahren als verändern. Laut den Initianten gefährdet «das massive Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure auf dem Geldspielsektor» namentlich im Internet das Überleben der gemeinnützigen Lotterie- und Wettorganisationen und damit das gesamte bewährte System der Unterstützungsleistungen an Sport, soziale Vorhaben und Kultur. Auch in der Schweiz werde der Druck grösser, den Gewinn aus Geldspielen zu privatisieren.

Laut den Unterlagen der Initianten geht es um bis zu 500 Millionen Franken jährlich, die über die Kantone ausgeschüttet werden. Der ehemalige Basler FDP-Regierungsrat und jetzige Präsident des Sportdachverbands Swiss Olympic, Jörg Schild, warnte vor einem Versiegen des Geldflusses aus den Lotterien. Bei Kultur und sozialen Belangen stehen laut den Initianten rund 400 Millionen Franken auf dem Spiel.

Casinos sollen AHV finanzieren

Konkret will die Initiative eine Änderung des Verfassungsartikels über die Glücksspiele. Die Spielban-

ken sollen dem Bund unterstellt sein, die Lotterien und Wetten den Kantonen. Bund und Kantone sollen verpflichtet werden, den gemeinnützigen Charakter der Geldspiele aufrechtzuerhalten und auch Massnahmen gegen die Spielsucht treffen. Während die Gewinne der Lotterien und Wetten vollumfänglich fürs Gemeinwohl reserviert sein sollen, wollen die Initianten auch die 19 Casinos stärker zur Finanzierung der AHV heranziehen. Das Parlament soll die Abgabe auf dem Bruttospielertrag so festsetzen, dass sie ihrem gemeinnützigen Charakter entspricht. (AP)

Eine Volksinitiative will die Gewinne aus Glücksspielen wie Lotterien und Wetten dem Gemeinwohl sichern.

Bern. – Das gestern lancierte Volksbegehren «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will die bestehende Situation mehr bewahren als verändern. Die Initianten aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales reagieren damit auf den Druck, die Gewinne zu privatisieren. Auch Casinos

sollen künftig mehr zur Finanzierung der AHV beitragen. Laut den Initianten gefährdet nämlich «das massive Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure auf dem Geldspielsektor» das Überleben der gemeinnützigen Lotterie- und Wettorganisationen und damit das gesamte bewährte System der Unterstützungsleistungen an den Sport, soziale Vorhaben und die Kultur. Es gehe um bis zu 500 Millionen Franken jährlich, die über die Kantone ausgeschüttet werden. (ap)

→ **Neue Luzerner Zeitung, 23.04.08, GELD AUS GLÜCKSSPIELEN FÜRS GEMEINWOHL, p. 4**

Neue Akteure im Geldspielsektor seien eine Gefahr für die Gemeinnützigkeit. Eine Initiative soll dies ändern.

ap. Das gestern lancierte Volksbegehren «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will die Gewinne aus Glücksspielen wie Lotterien und Wetten dem Gemeinwohl sichern. Die Initianten aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales reagieren damit auf den Druck, die Gewinne zu privatisieren. Mit dem Volksbegehren soll die bestehende Si-

tuation mehr bewahrt als verändert werden. Die Initiative sage «Nein zum Abbau der Gemeinnützigkeit», erklärte die frühere Freiburger SP-Staatsrätin Ruth Lüthi, Co-Präsidentin des überparteilichen Initiativkomitees und Präsidentin der AHV/IV-Kommission in Bern. Laut den Initianten gefährdet nämlich «das massive Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure auf dem Geldspielsektor» namentlich im Internet das Überleben der gemeinnützigen Lotterie- und Wettorganisationen und damit das gesamte bewährte System der Unterstützungsleistungen an den Sport, soziale Vorhaben und die Kultur.

→ **Solothurner Zeitung, 23.04.08, DER LOTTERIE-GELDSEGEN DROHT ZU VERSIEGEN, p. 3**

Der Lotterie-Geldsegen droht zu versiegen

Initiative Glücksspiel- und Lotto-Gewinne sollen dem Gemeinwohl zukommen

Das gestern lancierte Volksbegehren «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will die bestehende Situation mehr bewahren als verändern. Laut den Initianten gefährdet «das massive Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure auf dem Geldspielsektor» namentlich im Internet das Überleben der gemeinnützigen Lotterie- und Wettorganisationen und damit das gesamte bewährte System der Unterstützungsleistungen an Sport, soziale Vorhaben und Kultur. Auch in der Schweiz werde der Druck grösser, den Gewinn aus Geldspielen zu privatisieren.

Laut den Unterlagen der Initianten geht es um bis zu 500 Millionen Franken jährlich, die über die Kantone ausgeschüttet werden. Der ehemalige Basler FDP-Regierungsrat und jetzige Präsident des Sportdachverbands Swiss Olympic, Jörg Schild, warnte vor einem Versiegen des Geldflusses aus den Lotterien. Bei Kultur und sozialen Belangen stehen laut den Initianten rund 400 Millionen Franken auf dem Spiel.

Casinos sollen AHV finanzieren

Konkret will die Initiative eine Änderung des Verfassungsartikels über die Glücksspiele. Die Spielban-

ken sollen dem Bund unterstellt sein, die Lotterien und Wetten den Kantonen. Bund und Kantone sollen verpflichtet werden, den gemeinnützigen Charakter der Geldspiele aufrechtzuerhalten und auch Massnahmen gegen die Spielsucht treffen. Während die Gewinne der Lotterien und Wetten vollumfänglich fürs Gemeinwohl reserviert sein sollen, wollen die Initianten auch die 19 Casinos stärker zur Finanzierung der AHV heranziehen. Das Parlament soll die Abgabe auf dem Bruttospielertrag so festsetzen, dass sie ihrem gemeinnützigen Charakter entspricht. (AP)

Nutzniesser der staatlichen Lotterien wollen

Gewinn-Monopol per Initiative sichern

DAVID ANGST/BERN

Wer Lotterien und andere Geldspiele veranstaltet, muss seinen gesamten Gewinn dem Gemeinwohl zur Verfügung stellen. Dies verlangt eine Volksinitiative, die gestern lanciert wurde.

Das Staatsmonopol im Geldspielmarkt ist schon längst unterwandert. Illegale private Wettgesellschaften und legale ausländische Lotterien dringen via Internet oder Telefonmarketing in die Domäne von Swisslos, Lotterie Romande und Sport-Toto vor (siehe Befragt). Im Ausland ziehen private Anbieter von Glücksspielen gegen Staaten vor Gericht. Und auch in der Schweiz ist es schon zu Prozessen gekommen. Sollte das staatliche Monopol weiter bröckeln, wären die Kantone die Leidtragenden. Ihre Sport- und Lotteriefonds erhalten jährlich eine halbe Milliarde Franken aus dieser Quelle. Leidtragende wären aber auch Swiss Olympic und andere Sportverbände, etwa der

Fussballverband und die Stiftung Sporthilfe, welche jährlich 130 Millionen Franken erhalten. Und 400 Millionen werden für Kultur und soziale Belange eingesetzt.

Der Bund mischt sich ein

Gefahr droht den Monopol-Lotterien nicht nur durch die private Konkurrenz, sondern auch durch die Instanzen des Bundes, welche ihnen ins Handwerk pfuschen. Schon vor Jahren wollte das Bundesamt für Justiz mit einem neuen Glücksspiel-Gesetz das staatliche Monopol aufheben. Der Versuch scheiterte damals am gebündelten Widerstand der Kantone, zusammen mit den Kultur- und Sportinstitutionen.

Auslöser für einen neuen Streit und letztlich für die nun vorliegende Volksinitiative war ein Entscheid der Eidgenössischen Spielbankenkommission, welche die Tactilo- und Touchlot-Automaten als Glücksspiele betrachtet und diese in die Spielcasinos verbannen will.

Damit würde der Loterie Romande eine wichtige Einnahmequelle entzogen. Diese betreibt in

der Westschweiz rund 700 solcher Automaten in Restaurants und Bars. Die Loterie Romande war denn auch federführend bei der Lancierung der Volksinitiative.

Mit der Initiative, die gestern lanciert wurde, soll das staatliche Monopol auf Spielgewinne in der Verfassung zementiert werden. In einem Zusatzartikel wollen die Initianten zudem in der Verfassung verankern, dass die Spielcasinos einen ertragsabhängigen Beitrag an die AHV/IV leisten müssen. Der Abgabesatz würde vom Parlament festgelegt.

Simon Schenk und Roger Hegi

Die Sammelfrist für die Initiative läuft bis zum 22. Oktober 2009. Im Initiativkomitee findet man Prominente wie Jörg Schild, den Präsidenten von Swiss Olympic, die ehemalige Freiburger Regierungsrätin Ruth Lüthi, den Nationalrat und Eishockey-Funktionär Simon Schenk, den ehemaligen Spitzenläufer Markus Ryffel und den Ex-Fussballer Roger Hegi, der heute Direktor der Sport-Toto-Gesellschaft ist.

BEFRAGT



Roger Hegi
Direktor der
Sport-Toto-Gesellschaft

Wettbewerbsnachteil

Herr Hegi, weshalb ist aus Ihrer Sicht diese Initiative nötig?

Weil ohne sie wohl die Unterstützung von Sport und Kultur durch die staatlichen Lotterien im bisherigen Umfang bald nicht mehr möglich wäre.

Was will die Initiative?

Sie will in der Verfassung festlegen, dass Gewinne aus Geldspielen ausschliesslich dem Gemeinwohl zufließen.

Und weshalb wollen Sie den privaten, meist ausländischen Anbietern das Handwerk legen? Weil ihre Gewinne in private Taschen wandern und nicht

gemeinnützigen Zwecken dienen. Zudem unterliegen sie, da sie aus dem Ausland operieren, nicht den gleichen gesetzlichen Einschränkungen wie wir, z.B. bezüglich der Verrechnungssteuer. Als letztes haben sie nun gegenüber einen grossen Wettbewerbsvorteil: Sie können 85 bis 90 Prozent der Einsätze wieder an die Spieler ausschütten. Bei uns sind es rund 65 Prozent. Von unseren Einnahmen gehen 20 Prozent an die gemeinnützigen Institutionen.

Welches sind denn die Privaten, die den staatlichen Lotterien das Wasser abgraben? Es gibt alle möglichen Formen von illegalen Geldspielangeboten in der Schweiz, in eigentlichen privaten Spielhöhlen und auf dem Internet. Als Lockvögel dienen meist die Sportwetten. Wenn man über dieses «Fenster» einsteigt, ist man mitten im Bereich der Casino-spiele. Hier kann man pokern und allerhand andere Spiele um Geld betreiben. (da)

→ **Aargauer Zeitung, 23.04.08, DER LOTTERIE-GELDSEGEN DROHT ZU VERSIEGEN, p. 5**

Initiative Glücksspiel- und Lotto-Gewinne sollen dem Gemeinwohl zukommen

Das gestern lancierte Volksbegehren «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» will die bestehende Situation mehr bewahren als verändern. Laut den Initianten gefährdet «das massive Auftreten neuer legaler oder illegaler Akteure auf dem Geldspielsektor» namentlich im Internet das Überleben der gemeinnützigen Lotterie- und Wettorganisationen und damit das gesamte bewährte System der Unterstützungsleistungen an Sport, soziale Vorhaben und Kultur. Auch in der Schweiz werde der Druck grösser, den Gewinn aus Geldspielen zu privatisieren.

Laut den Unterlagen der Initianten geht es um bis zu 500 Millionen Franken jährlich, die über die Kan-

tone ausgeschüttet werden. Der ehemalige Basler FDP-Regierungsrat und jetzige Präsident des Sportdachverbands Swiss Olympic, Jörg Schild, warnte vor einem Versiegen des Geldflusses aus den Lotterien. Bei Kultur und sozialen Belangen stehen laut den Initianten rund 400 Millionen Franken auf dem Spiel.

Casinos sollen AHV finanzieren

Konkret will die Initiative eine Änderung des Verfassungsartikels über die Glücksspiele. Die Spielbanken sollen dem Bund unterstellt sein, die Lotterien und Wetten den Kantonen. Bund und Kantone sollen verpflichtet werden, den gemeinnützigen Charakter der Geldspiele aufrechtzuerhalten und

auch Massnahmen gegen die Spielsucht treffen. Während die Gewinne der Lotterien und Wetten vollumfänglich fürs Gemeinwohl reserviert sein sollen, wollen die Initianten auch die 19 Casinos stärker zur Finanzierung der AHV heranziehen. Das Parlament soll die Abgabe auf dem Bruttospielertrag so festsetzen, dass sie ihrem gemeinnützigen Charakter entspricht. (AP)

→ **.ch Zürich 23.04.08, SPIELEN FÜR GEMEINWOHL, p. 4**

Spielen für Gemeinwohl

Bern Die Gewinne aus Lotterien und Wetten sollen weiterhin dem Sport, der Kultur und den Sozialwerken zu Gute kommen. Dieses System will die Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» der Loterie romande absichern. Die gestern vorgestellte Initiative fordert eine zwischen Bund und Kantonen koordinierte Geldspielpolitik. (sda)

→ **DRS 1, 22.04.08, 12h30 MITTAGSJOURNAL (durée : 28'')**

Für die Initiative "Für Geldspiele im Dienst des Gemeinwohls" können Unterschriften gesammelt werde

Das Initiativkomitee wird vom Präsidenten der Loterie Romande angeführt

→ **DRS 1, 22.04.08, 12h38 RENDEZ-VOUS (durée : 3'32'')**

Eine Initiative fordert, dass die Gelder der Lotterien für das Gemeinwohl eingesetzt werden

Dazu eine Stellungnahme u.a. von J.Schild von Swiss Olympic. Swisslos und Loterie Romande werden erwähnt